

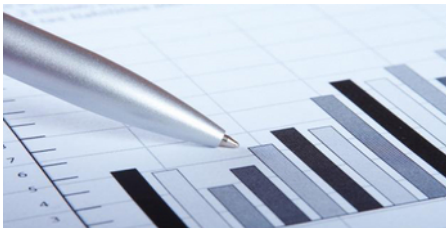


## Energiewende professionell organisieren

Die politischen Entscheidungen über die Ziele der Energiewende sind getroffen, die praktische Umsetzung fängt jetzt erst an. Die kommenden Monate erzwingen entscheidende Weichenstellungen. BDI-Präsident Hans-Peter Keitel kritisiert das Kompetenzgerangel zwischen Bundeswirtschafts- und Bundesumweltministerium als fahrlässig. »Dieser Konkurrenzkampf, wer für Energie zuständig ist, muss aufhören. Das ist unangemessen und entspricht nicht dem Ernst der Lage.«

>> Seite 2

### Trends



## Finanzierungsrisiken in der Realwirtschaft nehmen zu

Im neuen Jahr könnte mit Engpässen bei der Kreditversorgung gerechnet werden. Verschiedene Faktoren könnten den Kreditvergabespielraum einengen.

>> Seite 3

### Interview



## Höhere Eigenkapitalquoten lasten auf Kreditvergabe

»Das Zurückfahren von Bankkrediten ist zwar mühsam, lohnt sich aber langfristig zur Erhaltung der Unabhängigkeit«, empfiehlt Thomas Lindner, Präsident des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA).

>> Seite 5

## Zehn Zeilen Zuversicht

>> Seite 4

### BDI Spektrum



## Industrieland Deutschland stärken

Das Industrieland Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Zwölf Schwerpunktthemen stehen im Fokus der BDI-Arbeit in 2012.

>> Seite 3

### Branchenblick



## Wertschöpfungsketten in Deutschland erhalten

Bei der Umsetzung der energiepolitischen Ziele darf die Politik funktionierende Wertschöpfungsketten nicht zerstören.

>> Seite 5

## BDI-Termine

>> Seite 8

### Meinung



## Kreditklemme in Europa verhindern

BDI-Präsident Keitel warnt im Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur angesichts anhaltender Probleme von Banken in der Euro-Schuldenkrise vor Engpässen bei der Kreditversorgung.

>> Seite 4

### BDI-Themen

|  |
|--|
| Jahresausblick 2012                    |
| Europäische Patentpolitik              |
| Forschungs- und Innovationspolitik     |
| Innovationspreise für Klima und Umwelt |

>> Seite 6

## Titelthema

## Energiewende professionell organisieren

Nachdem die politischen Entscheidungen über die Ziele der Energiewende getroffen sind, beginnen jetzt die entscheidenden Monate für die praktische Umsetzung. Damit diese auch gelingt, fordert der BDI die Bundesregierung auf, die Instrumente an verschiedenen Stellen nachzuschärfen. Die Unternehmen seien auf eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung angewiesen.

## Investitionsklima für Netze und Kraftwerke schaffen

Der Netzausbau stockt beträchtlich. Das entsprechende Gesetz zur Beschleunigung vom Sommer 2011 geht zwar in die richtige Richtung, aber noch nicht weit genug. Die politisch beschlossene Energiewende im Zuge des schrittweisen Ausstiegs aus der Atomkraft müsse als Großprojekt begriffen werden, sagte Keitel in einem Interview mit der Deutschen Presse-Agentur. In diesem Zusammenhang kritisierte Keitel das Kompetenzgerangel zwischen Bundeswirtschafts- und Bundesumweltministerium als fahrlässig. »Dieser Konkurrenzkampf, wer für Energie zuständig ist, muss aufhören. Das ist unangemessen und entspricht nicht dem Ernst der Lage.«

Laut BDI steigt die Gefahr von Netzschwankungen und -instabilität, der Sicherheitspuffer im Netz ist zurückgegangen. Auch der notwendige Ausbau von Windparks vor der Küste stockt. Keitel verwies darauf, dass bis 2030 damit 15 Prozent des gesamten deutschen Strombedarfs gedeckt werden sollen.

## Netzausbau weiter planerisch beschleunigen

Aus Sicht der Industrie sollte der Bund zuständig sein für die Genehmigung der Landesgrenzen überschreitenden Projekte. Um Anträge rascher zu bearbeiten, müsse in einigen Bundesländern Personal umgeschichtet werden. Keitel spricht sich für effizientere Planungs- und Genehmigungsverfahren aus sowie für eine bessere Bürgerbeteiligung und mehr Transparenz.

Bis zum Jahr 2020 müssen bis zu 4450 Kilometer neue Stromautobahnen (Höchstspannungsnetze) gebaut werden und bis zu 200 000 Kilometer neue oder ertüchtigte Verteilnetze. Von den im Ausbaugesetz genannten rund 850 Kilometern neuer Stromleitungen ist bisher erst ein Bruchteil realisiert. Von bundesweit 24 eilbedürftigen Ausbauprojekten sind acht deutlich verzögert.

## Kostenanstieg für die EEG-Förderung begrenzen

Die Ökostrom-Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) müsse für die Industrie rasch begrenzt und so Planungssicherheit auch für alle industriellen Verbraucher geschaffen werden. Rund ein Drittel der Ökostrom-Förderkosten wird von den Industriebetrieben getragen, ein weiteres Drittel von Han-



Die Energiewende in Deutschland zieht internationale Aufmerksamkeit auf sich. Foto: BDI/fotolia (Heidi Baldrian)

del, Gewerbe und Dienstleistungen, das letzte Drittel von den Privathaushalten. Keitel: »Das EEG setzt falsche Anreize für Technik und bremst so die Innovationsdynamik.«

»Die Industrie arbeitet in einem unglaublichen Kraftakt daran, diese Energiewende zu einem Erfolg zu machen«, so Keitel.

Um so wichtiger ist es, den anspruchsvollen Weg des Umbaus der Energieversorgung nun professionell zu organisieren. Der BDI begrüßt den eingeleiteten Monitoringprozess der Bundesregierung und arbeitet selbst mit seinen Mitgliedsverbänden aktiv daran, geeignete Indikatoren hierfür zu finden. Denn die Energiewende ist kein Selbstläufer, sondern braucht faktenbasiert eine klare Steuerung. Dazu fordert der BDI ein Kontrollzentrum »Energiewende«, das alle Fragen der Energiewende eng bündelt und das auch die Lösungskompetenz der Industrie einbezieht. Denn die deutsche Industrie wird wesentlicher Akteur dieses Energiewendeprozesses sein, wenn es darum geht, mit Innovationen und Investitionen die Zukunft der Energieversorgung zu gestalten. Keitel: »Auf dieses Projekt schaut die ganze Welt. Wir haben überhaupt kein Interesse daran, dass das scheitert. Auch wir wollen, dass es zu einem Exportschlagert wird.«

Weitere Informationen können Sie *hier* erhalten.

Ansprechpartner:  
Dr. Carsten Rolle,  
[c.rolle@bdi.eu](mailto:c.rolle@bdi.eu)

## BDI-Trends

## Finanzierungsrisiken in der Realwirtschaft nehmen zu

Im neuen Jahr könnte mit Engpässen bei der Kreditversorgung gerechnet werden. Verschärfte regulatorische Anforderungen, die ungelöste Staatsschuldenkrise und eine schwierigere Refinanzierung der Banken könnten den Kreditvergabespielraum einengen.

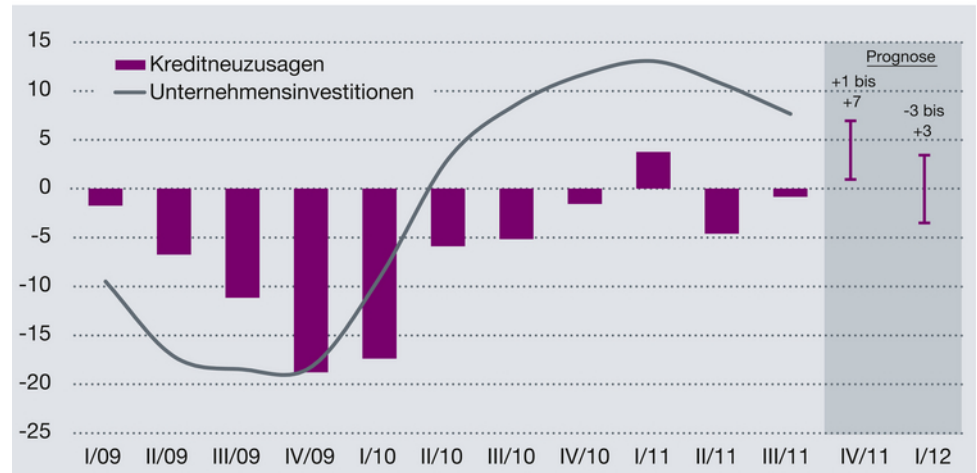
Noch bestätigt die Statistik eine robuste Kreditstätigkeit. Nach Berechnungen der KfW hat sich das Kreditneugeschäft mit Unternehmen und Selbstständigen im dritten Quartal 2011 nach der markanten Schrumpfung in den Vorquartalen nur noch geringfügig abgeschwächt. Allerdings zeigen wichtige Stimmungskennzeichen an, dass die Kreditrisiken zunehmen.

Weitere Informationen finden Sie im BDI Fokus Finanzmarkt.

Foto Cover: BDI/fotolia (Dima)

Ansprechpartner:  
Dr. Reinhard Kudiß,  
r.kudiss@bdi.eu

## KfW-Kreditmarktausblick Dezember 2011



Veränderung zum Vorjahr in Prozent, gleitende 2-Quartalsmittel  
Quelle: KfW-Bankengruppe



## BDI Spektrum

## Industrieland Deutschland stärken

Das Industrieland Deutschland steht vor großen Herausforderungen: die Staatsschulden- und Eurokrise, die Umsetzung der »Energiewende« sowie die mangelnde Akzeptanz für Großprojekte. Diese Themen werden auch in diesem Jahr die politische Agenda bestimmen – und damit die BDI-Arbeit.

Insgesamt konzentriert sich der BDI auf zwölf Schwerpunktthemen bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode. Der Spitzenverband setzt sich national und international für deren Umsetzung ein. Sie sind die Schlüssel, um das Industrieland Deutschland zu stärken.

In der neuen Rubrik »BDI Spektrum« werden wir Ihnen die Schwerpunktthemen in der BDI Agenda vorstellen.

Foto Cover: BDI/fotolia (Steve Mummolo)

## Schwerpunkte



## Meinung

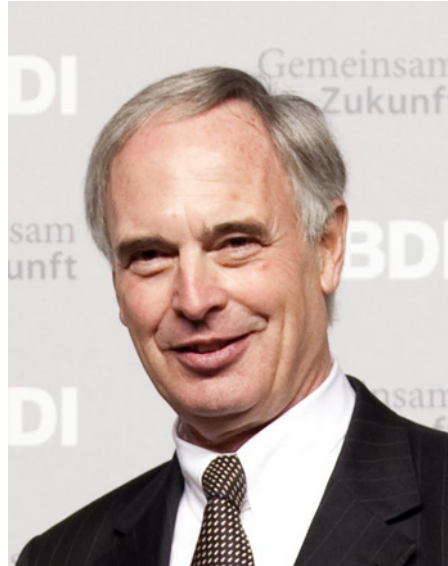
## Kreditklemme in Europa verhindern

»Angesichts anhaltender Probleme von Banken in der Euro-Schuldenkrise könnte es zu Engpässen bei der Kreditversorgung kommen. Wir könnten schneller in eine Kreditklemme hineinlaufen, als wir warnen können. Wenn Geschäftsbanken alle gleichzeitig ihr risikobehaftetes Geschäft reduzieren, dann machen sie das über den Kreditrahmen. Kreditlinien können sie leichter zurückfahren als einen einzelnen Kredit.

Aus den Unternehmen gibt es erste Signale, dass sie bei der ganz normalen Refinanzierung Probleme bekommen: Unternehmen, die eine »atmende Finanzierung« brauchen, könnten Schwierigkeiten bekommen. Große Unternehmen gehen an den Kapitalmarkt: Aber schon für Unternehmen »in der zweiten Reihe« ist diese Option weniger geeignet. Diese sind auf einen langfristigen Kreditrahmen angewiesen.

Die EU-Beschlüsse zur Eindämmung der Schuldenkrise begrüße ich. Wir haben in Europa einen Riesenschritt gemacht. Im Vergleich zum Sommer haben sich die Euro-Länder sowie weitere EU-Staaten enorm entwickelt. Keiner hätte gedacht, dass sich soviel Vernunft durchsetzt. Jetzt müssen die Beschlüsse umgesetzt werden.

Einen Austritt Großbritanniens aus der EU nach dem strikten Nein Londons zu Vertragsänderungen erwarte ich nicht. Die deutsche Wirtschaft setzt bei der Kri-



BDI-Präsident Hans-Peter Keitel

senlösung auch auf die Einsicht Großbritanniens. Es wäre zum Nachteil Europas wie der Briten, wenn sich das Land in ein Schneckenhaus zurückzöge.

Die Schuldenkrise wird schrittweise gelöst, das Vertrauen kehrt Stück für Stück zurück. Die Märkte wollen Geld anlegen mit einem Risiko, das überschaubar ist. Die Investoren werden mit der Zeit akzeptieren, dass es nicht die ganze große Lösung geben wird. Ich plädiere für Geduld, Augenmaß und Vernunft.

Nicht nur Deutschland und Frankreich sollten Vorreiter in Europa sein. Vielmehr sollte Italien als drittgrößte Wirtschaftsna-

tion in der Eurozone – gerade nach der Ära Berlusconi – mit ins Boot geholt werden.

Fortschritte dort sind jetzt ganz entscheidend im Kampf gegen die europäische Schuldenkrise. Deshalb setze ich sehr darauf, dass der neue italienische Ministerpräsident, Mario Monti, das Land stabilisiert. Italien steht als Industrienation in Europa Deutschland am nächsten – näher als Frankreich.

Zwischen Italien und Deutschland besteht ein gemeinsames Verständnis, wie Wirtschaft funktioniert. In der französischen Tradition liegt es, die Wirtschaft stark zu zentralisieren und staatlichen Einfluss zu sichern – mit vom Staat definierten Champions. Dieses staatsorientierte Modell hat die französische Wirtschaft im europäischen Wettbewerb eher zurückgeworfen. Deshalb hat gerade Frankreich noch etlichen Reformbedarf. «

Der Text ist ein Auszug aus einem Interview von BDI-Präsident Hans-Peter Keitel mit der Deutschen Presse-Agentur, das Ende Dezember veröffentlicht wurde.

## Zehn Zeilen Zuersicht

**Die deutsche Autoindustrie setzt neue Rekordmarken bei Export und Produktion. 3,17 Millionen Pkw wurden im vorigen Jahr in Deutschland neu zugelassen – ein Plus von neun Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Export legte um sieben Prozent auf 4,5 Millionen Autos zu. In den hiesigen Werken liefen 5,9 Millionen Neuwagen vom Band. Matthias Wissmann, Präsident des Verbands der Automobilindustrie, ist zuversichtlich, dass die Marktanteile deutscher Hersteller weiter steigen: »Das sind gute Perspektiven für 2012.«**

## Interview

## Höhere Eigenkapitalquoten lasten auf Kreditvergabe

Wie sieht Ihre Prognose zur Konjunktur-entwicklung 2012 im deutschen Maschinen- und Anlagenbau aus?

Der deutsche Maschinen- und Anlagenbau kämpft sich weiter erfolgreich an alte Rekordniveaus heran. Produktion und Umsatz dürften 2011 um real rund 14 Prozent gestiegen sein. Für 2012 prognostiziert der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) ein Produktionsplus von preisbereinigt vier Prozent. Diese zweifelsfrei optimistische Prognose spiegelt eher die Stimmung in den Unternehmen und weniger das zunehmend schwierigere Umfeld wider, in dem wir uns bewegen. Ganz entscheidend für unsere Prognose wird sein, wie sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den nächsten Wochen weiterentwickeln.

Der VDMA engagiert sich sehr stark bei Initiativen gegen Fachkräftemangel. Greifen die Maßnahmen?

Mit der Think-Ing.-Initiative begeistern wir jedes Jahr mehrere zehntausend Schülerinnen und Schüler für das Ingenieurstudium. Durchaus mit wachsendem Erfolg. So hat sich die Zahl der Studienanfänger in den Bereichen Maschinenbau, Verfahrenstechnik und Elektrotechnik seit dem Tiefststand 1997 wieder mehr als verdoppelt.



VDMA-Präsident Thomas Lindner

Bislang ist die gefürchtete Kreditklemme ausgeblieben. Hat sich das Finanzierungsverhalten der Unternehmen durch die verschärften Bedingungen verändert?

Die meisten Unternehmen konnten den Finanzierungsbedarf im konjunkturellen Wiederanstieg durch ihre gute Liquiditätsposition decken. Aktuelle Befürchtungen zur Kreditvergabe basieren auf den sehr rasch erhöhten Eigenkapitalanforderungen für die wichtigsten Banken. Diese müssen erheblich höhere Eigenkapitalquoten nicht erst in den nächsten sechs Jahren aufbauen sondern schon im nächsten Jahr. Da weder deren Gewinne sprudeln noch der Kapitalmarkt Kapitalerhöhungen begünstigt, befürchtet man, dass diese Banken bei der dann notwendigen Schrumpfung des Geschäftsvolumens auch die Kreditvergabe herunterfahren werden.

Derzeit sehen wir starke Krediteinschränkungen eher in den europäischen Krisen-

ländern, deren Banken in starkem Maße bedroht sind. Das dämpft auch die Nachfrage nach deutschen Maschinen und Anlagen aus diesen Ländern.

Im Inland sollte den Banken klar sein, dass ihre Existenzberechtigung mit der Finanzierung der übrigen Wirtschaftssektoren und insbesondere der Industrie steht und fällt. Erfolgreiche Unternehmen, und hier insbesondere Familienunternehmen, sehen den strategischen Zickzackkurs weg vom Kredit, zurück zum Kredit und jetzt ins Ungewisse schon länger mit Besorgnis. Das Zurückfahren von Bankkrediten ist zwar mühsam, lohnt sich aber langfristig zur Erhaltung der Unabhängigkeit.

Thomas Lindner, geboren 1951 in Niederpöcking im Kreis Starnberg, studierte Betriebswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität in München und promovierte. Seit 1984 ist er persönlich haftender und geschäftsführender Gesellschafter der Firma Groz-Beckert KG, Albstadt. Außerdem ist Lindner seit Oktober 2010 Präsident des VDMA, Frankfurt, und seit November 2011 BDI-Vizepräsident.

## Branchenblick

## Wertschöpfungsketten in Deutschland erhalten

Die energie- und klimapolitischen Ziele der nächsten Jahre sind von der Politik gesetzt. Jetzt geht es um deren Umsetzung. Der Maschinen- und Anlagenbau wird dabei eine wesentliche Rolle spielen. Er ist der entscheidende Schlüssel für den Erfolg dieser Vorhaben. Die Politik muss aber bei diesem Thema darauf achten, die Industrie insgesamt nicht zu überfordern, um funktionierende Wertschöpfungsketten in Deutschland nicht zu gefährden.

Es kann dabei keine Trennung zwischen energieintensiven und nicht intensiven Industrien geben. Wir können die Probleme nur gemeinsam lösen und wir sind dabei aufeinander angewiesen. So sind beispielsweise die energieintensiven Indus-

trien mit Aluminium, Stahl, Kunststoffen, bis hin zu Kohlenstoff-Fasern als entscheidende Know-how-Träger für den Maschinen- und Anlagenbau in der technologischen Wertschöpfungskette unverzichtbar. Funktionierende Wertschöpfungsketten sind ein wesentlicher Schlüssel für den Erfolg und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Deutschland und Europa. Wir dürfen sie daher nicht zerstören. Dies sollte sich die Politik stets vor Augen halten.

Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) vertritt rund 3 100 Unternehmen des mittelständisch geprägten Maschinen- und Anlagenbaus. Mit aktuell rund 950 000 Beschäftigten im Inland und einem Umsatz von rund 200



Milliarden Euro ist die Branche größter industrieller Arbeitgeber und einer der führenden deutschen Industriezweige insgesamt.

Weitere Informationen erhalten Sie unter [www.vdma.org](http://www.vdma.org).

## Jahresausblick 2012

Die deutsche Wirtschaft hat die dramatische Finanz- und Wirtschaftskrise rascher überwunden, als es irgendjemand erwarten konnte. Die Effekte dieses Wachstums auf Deutschland sind spürbar, und sie sind spürbar gut: 41 Millionen Menschen sind in Arbeit, so viele wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Der Rückgang auf weniger als drei Millionen Arbeitslose entlastet die Sozialbudgets; die Steuereinnahmen des Bundes sind gegenüber 2001 um rund 20 Prozent gestiegen. Das schafft Spielräume für die Haushalts-Konsolidierung, die es noch konsequenter zu nutzen gilt.

Griechenland ist zum Synonym für eine Krise geworden, die allzu oft fälschlicherweise als Euro-Krise bezeichnet wird. Aber nicht die Währung ist das Problem. Es ist die Krise der öffentlichen Verschuldung, des Vertrauensverlusts von Regierungen, die allzu bereitwillig mehr Geld ausgegeben als eingenommen haben – ein Verstoß gegen ihre eigenen Regeln und ohne Rücksicht auf die Folgen. Wer so handelt, setzt seine Legitimation aufs Spiel.

Die Realwirtschaft ist nicht Auslöser, sondern Opfer der Verschuldungs- und Finanzkrisen. Die Realwirtschaft braucht starke Banken und Finanzinstitute, gerade auch hier in Deutschland; anders kann sie ihre weltweiten Aufgaben überhaupt nicht lösen. Aber wir brauchen eine Finanzwirtschaft, die sich zu allererst ihren partnerschaftlichen Aufgaben in der Wirtschaft stellt und sich bewusst macht, warum man uns mit dem Begriff »Realwirtschaft« belegt.

Wir brauchen in Deutschland Finanzmarktregeln, die das klassische Geschäft der Versorgung der Wirtschaft mit finanziellen Mitteln attraktiver machen als Transaktionen ohne realwirtschaftliche Grundlage, ohne Wertschöpfung und zu Lasten Dritter. Und wir brauchen Finanzmarktregeln, die Komplexität und Geschwindigkeit der Transaktionen so kontrollieren, dass Denken und Verantworten vor Handeln steht.

### Ein neuer Vertrag für den Euro

Ein Ende der Währungsunion würde für Deutschland und die deutsche Industrie einen immensen Schaden bedeuten. Die deutsche Wirtschaft ist mit ihren europäischen Nachbarn tief verflochten. Der Prozess einer Rückkehr zu nationalen Währungen oder auch nur zu getrennten Eurozonen wäre mit unkalkulierbaren Risiken verbunden, und zwar nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch.

Europa hat ökonomisch und politisch nur gemeinsam eine Chance. Die Einheit der Währung zieht die wirtschaftliche und politische Konvergenz nicht zwangsläufig nach sich. Wenn, dann müssen wir diesen Weg nach vorne bewusst gehen; eine Alternative dazu, einen Weg zurück, gibt es nicht.

Der BDI ist überzeugt: Auf den Grundsätzen von Freiheit, Vielfalt, Stabilität, Wettbewerb und Leistung muss sich Europa einen wirksamen ordnungspolitischen Rahmen setzen für solide öffentliche Haushalte und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft. Die bisherige institutionelle und vertragliche Architektur der Währungsunion reicht offensichtlich nicht aus, die Zukunft der Eurozone zu sichern. Dabei geht es weniger um neue Regelun-

gen, sondern endlich um deren konsequente Einhaltung. Das haben wir in unserem Thesenpapier »Ein neuer Vertrag für den Euro« sehr deutlich gemacht.

### Deutschland braucht steuerpolitisches Gesamtkonzept

Die Überschrift des Koalitionsvertrags hieß »Mit Mut zur Zukunft – Für unser Land«. Koalitionsverträge können bei aller politischen Weitsicht viele Entwicklungen nicht antizipieren, nicht die Dramatik der Finanzkrise und noch viel weniger die Katastrophe von Fukushima. Es gibt aber zu viele Bereiche, wo die politischen Realitäten hinter den realistischen Erwartungen der Wirtschaft und vieler Menschen zurück geblieben sind.

Das gilt für Fragen der Bildungs- und Forschungspolitik – beispielsweise die versprochene Reform der Forschungsförderung – ebenso wie für die qualifizierte Zuwanderung oder die Antworten auf die demografische Entwicklung.

Steuerpolitik ist keine von zufälligen fiskalischen Spielräumen abhängige Kosmetik am Steuertarif. Was wir in Deutschland brauchen, ist das versprochene und längst überfällige steuerpolitische Gesamtkonzept, das auf einen klaren Investitions- und Wachstumskurs gerichtet ist. Vor Entlastungen stehen klare Strukturen und ein deutlich reduziertes Maß an Bürokratie.

### Investitionsbedingungen in Deutschland verbessern

Die Energiewende ist ein gigantisches Projekt mit ungewissem Ausgang. Ein solch komplexes Vorhaben benötigt Möglichkeiten zum Nachjustieren. Denn es geht um fundamentale Themen wie Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Sozialverträglichkeit, Klima- und Umweltfreundlichkeit – um die essentiellen Grundlagen des Industrielandes Deutschland. Deutschland kann es sich angesichts der weltweiten Herausforderungen nicht leisten, energiepolitisches Versuchslabor zu spielen.

Deutschland braucht einen neuen Konsens über die Bedeutung der Infrastruktur. Bei vielen Bürgern ist das Verständnis dafür abhandengekommen, wo die Quellen des Wohlstandes liegen. Wir müssen in Deutschland die Akzeptanz für notwendige Veränderungen fördern, aber auch die Rechtssicherheit. Der BDI fordert bessere Bürgerbeteiligung und schnellere Planungsverfahren. Das ist kein Widerspruch.

Wir brauchen in Deutschland nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum. Unser langfristiges Wachstumspotenzial liegt laut Sachverständigenrat bei dürrtigen 1,2 Prozent. Seit Jahren geht der Trend bei der Nettoinvestitionsquote abwärts. Deutschland benötigt dringend mehr Investitionen. Der BDI hat in seiner Investitionsagenda einen umfassenden Vorschlag für mehr Investitionen in Deutschland gemacht. Die Politik muss die Rahmenbedingungen dafür verbessern, dass die Investitionsbedingungen besser werden und unser Wirtschaftswachstum sich verstetigt.

Der Text basiert auf der Rede von BDI-Präsident Hans-Peter Keitel, die er auf dem BDI-Tag der Deutschen Industrie Ende September 2011 gehalten hat.

## Patentpolitik: Dänische Ratspräsidentschaft muss den Durchbruch schaffen

2011 war ein recht gutes Jahr für die europäische Patentpolitik. Die EU-Kommission, der Rat und das Europäische Parlament haben das Verhandlungspaket aus europäischem Patent mit einheitlicher Schutzwirkung und gemeinsamer Patentgerichtsbarkeit maßgeblich vorangetrieben.

Der BDI konnte wichtige Kriterien – zum Beispiel die Konzentration auf die drei Amtssprachen des Europäischen Patentamts, mögliche Trennung von Verletzungs- und Nichtigkeitsverfahren, mehrere Lokalkammern in Deutschland, Hinzuziehung technischer Richter – auch gegen starke Widerstände einzelner Mitgliedstaaten erfolgreich in den Verhandlungen verteidigen.

Anders als von der ambitionierten polnischen Ratspräsidentschaft erhofft, konn-



In 2011 hat die EU-Kommission die europäische Patentpolitik vorangebracht.  
Foto: BDI/fotolia (Forgiss)

ten sich die Mitgliedstaaten allerdings 2011 nicht mehr über die letzten offenen Verhandlungspunkte verständigen. Insbesondere die Sitzfrage des künftigen Zentralgerichts entwickelte sich zum politischen Zankapfel. Deutschland, aber auch Frankreich, das Vereinigte Königreich, die Niederlande und Ungarn haben

diesen Sitz für sich beansprucht. Aus deutscher Sicht erfüllt München mit dem Sitz des Europäischen Patentamts und des Bundespatentgerichts alle sachlichen Anforderungen an den künftigen Gerichtsstandort.

Der BDI vertraut darauf, dass die Regierungsvertreter einen politischen Kompromiss finden werden, der den Bedürfnissen der Nutzer möglichst weitgehend gerecht wird. Es ist nun die Aufgabe der dänischen Ratspräsidentschaft, das Verhandlungspaket zügig zum Abschluss zu bringen.

Ansprechpartnerin:  
Iris Plöger,  
[i.ploeger@bdi.eu](mailto:i.ploeger@bdi.eu)

## Neuer BDI/BDA-Arbeitskreis zur Europäischen Forschungs- und Innovationspolitik

Am 8. Dezember 2011 hat sich in Berlin der neue Arbeitskreis zur Europäischen Forschungs- und Innovationspolitik des BDI/BDA-Ausschusses für Forschungs-, Innovations- und Technologiepolitik konstituiert. Er wird die Interessen der deutschen Industrie bei der Gestaltung des neuen Forschungsrahmenprogramms »Horizon 2020« für die Jahre 2014 bis 2020 formulieren.

Bis zur nächsten Sitzung des BDI/BDA-FIT-Ausschusses wird der Arbeitskreis ein erstes Bewertungspapier zum Vorschlag der EU-Kommission für »Horizon



Ein neuer Arbeitskreis zum Thema Forschung und Innovation wurde konstituiert.  
Foto: BDI/fotolia (jscreationzs)

2020« erarbeiten. Im weiteren Verlauf dieses Jahres wird sich der Arbeitskreis mit den inhaltlichen Schwerpunkten des

Programms, den Förderinstrumenten und den Beteiligungsregeln näher befassen und die Interessen der deutschen Industrie kontinuierlich in die Beratungen zwischen Europäischem Rat, Europäischem Parlament und der Kommission einbringen.

Weitere Informationen zum Thema Innovationen erhalten Sie [hier](#).

Ansprechpartner:  
Christoph Schlüter  
[c.schlueter@bdi.eu](mailto:c.schlueter@bdi.eu)

## Feierliche Verleihung der Innovationspreise für Klima und Umwelt (IKU)

Am 17. Januar 2012 wird BDI-Hauptgeschäftsführer Markus Kerber gemeinsam mit Bundesumweltminister Norbert Röttgen die Sieger der Wettbewerbsrunde 2011 zum Innovationspreis für Klima und Umwelt (IKU) auszeichnen.

Damit wird der gemeinsame Preis von BDI und BMU zum dritten Mal vergeben. Unter dem Motto »Vorbilder zum Leuchten bringen« zeichnet der IKU in vier Kategorien innovative Technologien, Tech-

niken, Verfahren, Prozesse, Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle aus, die in besonderer Weise zum Klima- und Umweltschutz beitragen. Die Gewinner erhalten den mit 25 000 Euro dotierten IKU und nehmen am europäischen Wettbewerb »European Business Awards for the Environment« teil.

Eine Einladung und das Programm zu der Veranstaltung in Berlin erhalten Sie [hier](#).



## BDI-Publikationen

### BDI/ PwC-Studie zum Risikomanagement im Mittelstand

Risikomanagement wird für deutsche Unternehmen immer wichtiger. Eine aktuelle Studie des BDI und der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PwC zeigt, dass Risikomanagement im Mittelstand trotz mancher Vorbehalte bereits eine hohe Bedeutung hat. Die Studie, die auf einer Befragung von über 1.000 mittelständischen Unternehmen basiert, benennt Risikopotenziale und beschreibt Vorkehrungen für die Umsetzung von Verbesserungen.

Der deutsche Mittelstand setzt nach den Erfahrungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf ein effektives Risikomanagement. Ungeachtet dessen sehen mehr als zwei Drittel der Befragten Optimierungsbedarf sowohl bei der Risikoerkennung und -bewertung als auch bei der Vermeidung und Reduzierung von Risiken. Zu den größten Risiken gehören nach Ansicht der befragten Unternehmen Konjunktur, Regulierung und Fachkräftemangel. Die große Mehrheit der Mittelständler sieht Risikomanagement jedoch nicht nur als Instrument zur Identifizierung möglicher Gefahren, sondern auch potenzieller Chancen.

Die Broschüre »Risikomanagement 2.0« erhalten Sie *hier*.

Ansprechpartner:  
Dr. Reinhard Kudiß  
[r.kudiss@bdi.eu](mailto:r.kudiss@bdi.eu)



## BDI-Termine

|                   |  |                 |
|-------------------|--|-----------------|
| <b>17.01.2012</b> | Preisverleihung des Innovationspreises für Klima und Umwelt (IKU)        | <b>Berlin</b>   |
| <b>19.01.2012</b> | BDI-Presskonferenz zum Jahresauftakt                                     | <b>Berlin</b>   |
| <b>14.02.2012</b> | Steuertagung »Aktuelle Entwicklungen im Unternehmenssteuerrecht«         | <b>Berlin</b>   |
| <b>22.04.2012</b> | BDI-Wirtschaftsforum unmittelbar vor der »Hannover Messe«                | <b>Hannover</b> |
| <b>22.04.2012</b> | Eröffnung der »Hannover Messe«   | <b>Hannover</b> |
| <b>11.09.2012</b> | Parlamentarischer Abend  | <b>Berlin</b>   |
| <b>07.10.2012</b> | Zweitägige Veranstaltung »Science and Technology in Society (STS) forum« | <b>Kyoto</b>    |

Informationen zu den weiteren Terminen erhalten Sie *hier*.



**Die BDI-Newsletter können Sie hier abonnieren: [www.bdi.eu/Newsletter.htm](http://www.bdi.eu/Newsletter.htm)**

»Wir müssen etwas für unser Land tun, wir müssen in Deutschland investieren«, sagt BDI-Präsident Hans-Peter Keitel. Mehr zum gemeinschaftlichen Engagement der deutschen Industrie zur dauerhaften Erhöhung der Investitionstätigkeit in Deutschland finden Sie auf [www.investitionsagenda.de](http://www.investitionsagenda.de).

Herausgeber: Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.; Kommunikation und Marketing  
Breite Straße 29; 10178 Berlin; Telefon: +49 30 2028-0;  
E-Mail: [info@bdi.eu](mailto:info@bdi.eu); Internet: <http://www.bdi.eu>  
Redaktion: Holger Lösch (V.i.S.d.P.), Dr. Jobst-Hinrich Wiskow, Uta Knott, Theresa Hartlieb.  
Die Verantwortung für die Inhalte der Fremdbeiträge tragen die jeweiligen Autoren.